

Alfred Germ

## Bundesrat und Landtage

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	„Parlament – Fundament, Verantwortung und Weiterentwicklung“ „Das Recht geht vom Volk aus: Zu Aufgaben und Stellung der Parlamente auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene“
<b>Zielgruppe</b>	Sekundarstufe II. Sekundarstufe I, 8. Schulstufe mit entsprechender didaktischer Reduktion. Die Unterrichtsbeispiele lassen sich für beide Sekundarstufen verwenden, es muss allerdings mit qualitativ unterschiedlichen Ergebnissen und Erkenntnissen gerechnet werden.
<b>Lehrplanbezug</b>	Die Lehrplanbezüge für die Anwendung der folgenden Unterrichtsbeispiele in den verschiedenen Schultypen (AHS, HS, NMS, BHMS) werden in der Onlineversion des Bandes erläutert. Wichtig ist jedenfalls der Hinweis auf den Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, der in jedem Unterrichtsgegenstand und in allen Fächern und Fächerkombinationen zur Anwendung kommen muss. <sup>1</sup>
<b>Voraussetzungen für Handlungskompetenz</b>	Politische Methoden-, Sach-, und Urteilskompetenz verstehen sich hier als Voraussetzung für politische Handlungskompetenz. Durch die Beschäftigung mit dem Thema Parlamentarismus auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene primär in den Unterrichtsgegenständen Geografie/Wirtschaftskunde und Geschichte/Politische Bildung über die Schullaufbahn hinweg darf vor allem die Entwicklung von tatsächlicher Handlungskompetenz erwartet werden.
<b>Sinngewand- und Partizipationskompetenz</b>	Diese Subjektorientierung, die bereits als Säule im Beutelsbacher Konsens von 1976 formuliert wurde, <sup>2</sup> ist die Voraussetzung für die Entwicklung einer demokratischen Sinngewand- und Partizipationskompetenz, die auf die aktive Teilnahme an Politik abzielt <sup>3</sup> und sich an der Entwicklung eines „selbstreflexiven Ich“ orientiert. <sup>4</sup>
<b>Methodenkompetenz</b>	Methodenkompetenz kann auch hier durch die Analyse von Zeitungsartikeln und TV-Sendungen zum Thema Parlamentarismus trainiert und vertieft werden.
<b>Sachkompetenz</b>	Historische und politische Sachkompetenz kann an den Begriffen Demokratie, Parlamentarismus und Partizipation entwickelt werden. Grundlage hierfür ist das konzeptuelle Lernen, das sich in der Politikdidaktik an Basiskonzepten orientiert. <sup>5</sup>
<b>Arbeitswissen</b>	Im Zentrum des Arbeitswissens stehen die politischen Institutionen im Mehrebenensystem und deren Wirkungsweise und Einflussnahme auf die BürgerInnen.
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Wo und wie ist politische Mitbestimmung im Mehrebenensystem möglich?</li><li>▶ Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus einem föderalen Staatsaufbau?</li><li>▶ Welche Interessen stehen hinter politischen Institutionen?</li><li>▶ Gibt es Kritik an den bestehenden politischen Institutionen?</li></ul>
<b>Politik: permanentes Aushandeln</b>	<b>Annäherung an das Thema</b> Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen, Interessen, und Meinungen. Das Aushandeln dieser unterschiedlichen Bereiche kann mit dem Begriff Politik beschrieben werden. Politik und politische Prozesse sind dabei in einen Rahmen eingebettet, der als politisches System beschrieben wird. Im demokratischen Kontext unterscheidet man die idealtypischen

Modelle eines parlamentarischen, präsidentiellen und gemischten politischen Systems.<sup>6</sup> Politische Systeme setzen sich dabei aus verschiedenen Institutionen zusammen, die mit ihren Entscheidungsmöglichkeiten Einfluss auf BürgerInnen nehmen.

<b>Politische Institutionen</b>	Die Institution des Parlaments erfüllt dabei vor allem die Aufgabe der Gesetzgebung und hat eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Die zuständigen Institutionen im Gesetzgebungsprozess des Mehrebenensystems sind dabei das Europäische Parlament, der EU-Ministerrat, National- und Bundesrat sowie die Landtage. Die Gemeinden haben dabei rein formal betrachtet keine gesetzgebende Gewalt und sind reine Verwaltungsorgane, durch das selbstständige Ordnungsrecht wird dieser Grundsatz aber stark durchbrochen.
<b>Konzeptuelles Lernen</b>	Konzeptuelles Lernen setzt bei den Vorstellungen der SchülerInnen an, die an ihre Vorerfahrungen, Vorannahmen und (Vor-)Urteile gekoppelt sind. Jeder Mensch macht sich eigene Vorstellungen von der Welt oder Ausschnitten davon, die als Konzepte bezeichnet werden können. In diesem Sinn gibt es daher zunächst kein „richtig“ oder „falsch“ bei der Annäherung an ein Themenfeld. Es darf allerdings nicht bei dieser alltagstheoretischen Erklärungsebene bleiben.
<b>Lernräume schaffen</b>	Dazu sind auch im Politikunterricht Lernräume zu schaffen, wo die Lernenden die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit diesen unterschiedlichen Vorstellungen zum Politischen erhalten. <i>Misconcepts</i> (sehr vereinfachte, oft „falsche“ Vorstellungen) sind zu diagnostizieren und mit wissenschaftstheoretischen Alternativen zu konfrontieren. <sup>7</sup> SchülerInnen sollen daher lernen „mutig zu sein“ und sich nicht davor scheuen, ihre Vorstellungen und Annahmen zum Thema „Parlamentarismus“ oder „Gesetz und Gesetzgebung“ zu artikulieren, wenn sie dazu aufgefordert werden. Sie sollten aber nach der Beschäftigung mit diesem Themenfeld genauso bereit sein, die neu gewonnenen Erkenntnisse in ihre Vorstellungen und Annahmen aufzunehmen und damit ihre kognitiven Strukturen auch zu verändern. Je öfter sie sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen werden, desto differenzierter und kenntnisreicher sollten dann auch ihre Vorstellungen dazu sein.
<b>Mut und Reflexionsbereitschaft</b>	
<b>Konzeptuelles Wissen</b>	<b>Methodisch-didaktische Vorbemerkungen</b> Kompetenzorientierter Politikunterricht geht weit über die traditionelle Institutionenkunde hinaus, die meist nur „Ich-gleichgültiges Wissen“, „Wissensmast“ oder „träges Wissen“ vermittelt, das im Rahmen des Schulsystems als Abfrage- und Testwissen fungiert. <sup>8</sup> Die Entwicklung von Handlungs- und Urteilskompetenz benötigt dazu ein Verständnis von Wissen, das mit dem Begriff des konzeptuellen Wissens beschrieben werden kann.
<b>Instrumente der Macht</b>	Im Sinne eines „aufgeklärten Institutionalismus“, der die Dimension des Politischen in der Form von → „Polity“ erfasst, sollen politische Institutionen und Rechtsnormen als Instrumente der Macht analysiert werden; den SchülerInnen soll klar werden, dass damit Wege der Einflussnahme möglich sind. <sup>9</sup>
<b>Didaktische Prinzipien politischer Bildung</b>	Die didaktischen Prinzipien politischer Bildung wie Lebensweltorientierung, Multiperspektivität, Kontroversität und Aktualität lassen sich an diesem Thema sehr gut anwenden. Sachkompetenz kann an Begriffen wie repräsentative Demokratie, Parlamentarismus oder Föderalismus entwickelt werden. Das Beispiel „Öffentlichkeit“ eignet sich dabei hervorragend, um die Idee von Basiskonzepten in der Politischen Bildung umzusetzen. <sup>10</sup>

## UNTERRICHTSBEISPIELE

**UNTERRICHTSBEISPIEL 1****Was habe ich im Kopf? Konzept Legislative (Gesetzgebung)**

- Anleitung für die SchülerInnen*
- Einzelarbeit** Überlegen Sie zunächst in Einzelarbeit, welche Vorstellungen Sie von Legislative (Gesetz, Gesetzgebung) haben:
- ▶ Was ist ein Gesetz?
  - ▶ Wo und wie sind Sie davon betroffen?
  - ▶ Wie entstehen Gesetze?
  - ▶ Wer ist dafür verantwortlich?
- PartnerInnen-Arbeit** Vergleichen Sie in PartnerInnen-Arbeit Ihre Ergebnisse im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede!
- Gruppenarbeit** Vergleichen Sie anschließend in Gruppenarbeit Ihre Ergebnisse im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede!
- Diskussion im Plenum**
- ▶ Welche Vorstellungen wurden geäußert?
  - ▶ Wie unterschiedlich waren sie?
  - ▶ Welche Annahmen waren Ihnen bekannt?
  - ▶ Was war neu für Sie?
  - ▶ Wie kontrovers und emotional wurden die Vorstellungen vorgetragen?
- Reflexion** Überlegen Sie nach der Diskussion:
- ▶ War es interessant oder langweilig für Sie, sich mit diesem Thema zu beschäftigen?
  - ▶ Gehören Sie zu jenen, die viel oder wenig zu dieser Themenstellung wissen?
  - ▶ Wo haben Sie Ihre Informationen her?
  - ▶ Welche Rolle spielt Ihr Elternhaus, Freundeskreis, Medienkonsum oder Ihr persönliches Leseverhalten bei dieser Frage?

**UNTERRICHTSBEISPIEL 2****Lernen im Dialog: Fachdidaktische Diagnostik am Beginn**

- Anleitung für die Lehrperson*
- Einzelarbeit** Projizieren Sie die Grafik zum Mehrebenenystem ( $M_1$ ) auf die Leinwand oder teilen Sie an jeden Schüler/jede Schülerin eine Kopie aus.
- ▶ Die SchülerInnen beschreiben zunächst in Einzelarbeit auf einem leeren Blatt, was sie auf der Grafik zu erkennen glauben. Es gibt kein „richtig“ und „falsch“.
  - ▶ Anschließend fordern Sie die SchülerInnen auf, zu mindestens 3 anderen Beschreibungen zu gehen, diese sorgfältig durchzulesen und dazu jeweils positives schriftliches Feedback zu geben.
  - ▶ Nachdem die SchülerInnen das Feedback zu ihrem eigenen Beitrag gelesen haben, berichten sie über die Inhalte, die sie gelesen haben.
- Sachliche Korrektur** Sie selbst ergänzen, korrigieren oder bestätigen die Beschreibungen. Dabei sollte ersichtlich werden, an welches Vorwissen weitere Lernschritte anknüpfen können.

**UNTERRICHTSBEISPIEL 3****Institutionenkunde JA – LehrerInnenvortrag NEIN: Wie dann?**

- Anleitung für die SchülerInnen*
- Einzelarbeit** Ordnen Sie die Beschreibungen der einzelnen Institutionen in  $M_2$  in der Grafik  $M_1$  richtig zu.
- ▶ Welche Hilfsmittel haben Sie dazu verwenden dürfen?
  - ▶ Wo fällt Ihnen die Zuordnung leicht, wo gibt es Schwierigkeiten?
  - ▶ Kennen Sie Ursachen dafür?

#### UNTERRICHTSBEISPIEL 4

##### Alltagserfahrung anstelle eines LehrerInnen-Vortrages: Komplexe Zuständigkeiten im Mehrebenensystem kennen lernen

- Kleingruppen** *Anleitung für die Lehrperson*  
Die Kompetenzverteilung im Mehrebenensystem zwischen der Europäischen Union, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden und die daraus resultierenden Mehrfachzuständigkeiten sind sehr komplex. Statt einen LehrerInnen-Vortrag zu halten, legen Sie den SchülerInnen die Tabelle über die Zuständigkeitsbereiche ( $M_3$ ) vor.
- ▶ In Kleingruppen formulieren diese dazu Alltagssituationen zu mindestens je 3 Zuständigkeitsbereichen, die am Platz liegen bleiben.
  - ▶ Die Gruppen wechseln anschließend ihren Platz und ordnen die Beispiele, die sie vorfinden, dem richtigen Zuständigkeitsbereich zu.
  - ▶ Sie formulieren anschließend je 3 weitere Alltagsbeispiele und wandern weiter.
- Dies wird so lange wiederholt, bis alle Bereiche mit Alltagssituationen abgedeckt sind.

#### UNTERRICHTSBEISPIEL 5

##### Landesinteressen vertreten: Was tun die eigentlich im Bundesrat und Landtag?

- Internetrecherche** *Anleitung für die SchülerInnen*  
Bilden Sie Kleingruppen und arbeiten Sie mit Hilfe der Homepages der Landtage und des Bundesrates in Österreich (die Links finden Sie in den weiterführenden Hinweisen in diesem Band). Wählen Sie einen österreichischen Landtag oder den Bundesrat aus und klären Sie mit Hilfe der jeweiligen Homepage die unten aufgelisteten Leitfragen.
- Präsentation**  
Bereiten Sie anschließend eine Collage, ein Plakat oder einen Steckbrief vor, den Sie in Form einer Markthalle in der Klasse präsentieren werden. Sie präsentieren dabei einzeln Ihre Ergebnisse in der Form, dass Sie als ExpertInnen des jeweiligen Landtages/Bundesrates die „MarkthallenbesucherInnen“ empfangen und Ihre Inhalte präsentieren.
- Leitfragen**  
Leitfragen zur Gestaltung der Collage, des Plakats oder des Steckbriefs:
- 1) Welche Parteien sind im Landtag/Bundesrat vertreten?
  - 2) Wie ist die Sitzverteilung?
  - 3) Wie setzt sich die Landesregierung zusammen?
  - 4) Wer führt den Vorsitz im Bundesrat?
  - 5) Wie heißt der/ Landeshauptmann/die Landeshauptfrau?
  - 6) Wie wird der/ Landeshauptmann/die Landeshauptfrau gewählt?
  - 7) Nach welchen Grundsätzen erfolgt die Wahl der Abgeordneten?
  - 8) Wie hat sich die Wahlbeteiligung seit 1945 entwickelt?
  - 9) Wie ist die Geschlechterverteilung im Landtag?
  - 10) Wie ist der Landtag organisiert? Welche Klubs und Ausschüsse gibt es? Was ist deren Funktion?
  - 11) Nach welchen Grundsätzen entsteht ein Landesgesetz?
  - 12) Welcher Zusammenhang besteht zwischen Landtagen und Bundesrat?

#### UNTERRICHTSBEISPIEL 6

##### Szenariotechnik – Bundesrat wozu?

- Gruppeneinteilung** *Anleitung für die Lehrperson*  
Bedeutung und Sinnhaftigkeit des Bundesrates sind umstritten. Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen. Lassen Sie die SchülerInnen zwei unterschiedliche Szenarien ( $M_5$ ) eines zukünftigen politischen Systems für Österreich unter Berücksichtigung der Kommentare zum Bundesrat ( $M_4$ ) entwerfen.

- 2 Szenarien** Im ersten Szenario wird der Bundesrat als Institution abgeschafft, die Länderinteressen müssen aber trotzdem vertreten sein. Im zweiten Szenario bleibt der Bundesrat erhalten, muss aber eine Aufwertung erfahren.
- Präsentation und Diskussion** Jeweils zwei Gruppenmitglieder präsentieren ihre Ergebnisse in der Klasse. Nach der Präsentation und Diskussion der Szenarien erarbeiten die SchülerInnen in der Gruppe Vorschläge, welche Änderungen zum Erreichen beider Szenarien notwendig sind.
- ▶ Wo ist dabei mit den größten Schwierigkeiten und mit Widerstand zu rechnen?
  - ▶ Welche Strategien sind notwendig, um sowohl das eine als auch das andere Szenario zu erreichen?
- Reflexionsphase** In der Reflexion soll dabei sowohl über die Methode der Szenariotechnik an sich als auch über die individuelle Betroffenheit bei der Neupositionierung des Bundesrats gesprochen werden.

### **UNTERRICHTSBEISPIEL 7** **Das Österreichische Parlament im Fokus**

- Anleitung für die SchülerInnen*
- Recherche** a) Recherchieren Sie auf der Homepage des Österreichischen Parlaments <http://www.parlament.gv.at> und auf der Website <http://www.demokratiezentrum.org> (siehe Webtipp) die Inhalte und beantworten Sie folgende Fragen:
- 1) Wann finden die nächsten Sitzungen von Nationalrat und Bundesrat statt?
  - 2) Informieren Sie sich über die Zusammensetzung des Nationalrats! Welche Abgeordneten kennen Sie? Woher sind Sie Ihnen bekannt?
  - 3) Welche aktuellen Schlagzeilen finden sich auf der Parlamentshomepage?
  - 4) Welche Gesetzesvorschläge befinden sich aktuell in Bearbeitung?
  - 5) Welche Informationen zu Bürgerinitiativen finden Sie auf der Homepage?
  - 6) Welche Angebote finden Sie unter der Rubrik „Service“?
- Begriffsklärung** b) Parlamentsglossar (M<sub>6</sub>). Um die Vorgänge im österreichischen Parlament zu verstehen, gilt es zunächst Begriffe zu klären. Vervollständigen Sie die Infoboxen in PartnerInnen-Arbeit und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse in Gruppenarbeit
- c) Aktiv werden – Organisieren Sie einen Parlamentsbesuch: Was ist zu tun? (Informationen dazu in den weiterführenden Hinweisen)

### **UNTERRICHTSBEISPIEL 8** **Interessen prägen die Politik – Gesetzesänderungen und ihre Folgen**

- Anleitung für die SchülerInnen*
- Überlegen Sie, welche Interessensgruppen die in M<sub>7</sub> beschriebenen Gesetzesänderungen begrüßen oder ablehnen würden. Welche Konsequenzen würden sie nach sich ziehen und wer wäre am stärksten davon betroffen? Wenn Sie zu den zentralen Begriffen der Vorschläge weitere Informationen benötigen, recherchieren Sie dazu im Internet.
- Diskussion** Schlagen Sie selbst drei realistische Gesetzesvorhaben vor und diskutieren Sie diese in der Klasse. Welche Pro- und Contra-Argumente werden dazu geäußert?



**M<sub>2</sub> Institutionen zuordnen**

Sie setzt sich aus 27 Mitgliedern für einen Zeitraum von fünf Jahren zusammen und vertritt und wahrt die Interessen der gesamten EU. Durch ihr Initiativrecht schlägt sie dem Parlament und dem Ministerrat neue Rechtsvorschriften vor. Insofern kann sie auch als „Regierung“ bezeichnet werden.

Dieses Gremium setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Es legt die allgemeinen Zielvorstellungen der EU fest, kann aber keine Rechtsvorschriften erlassen. Mit dem Vertrag von Lissabon gibt es auch das Amt eines eigenen Präsidenten/einer Präsidentin.

Diese Institution ist für die Auslegung von EU-Recht zuständig. Sie entscheidet bei Rechtsstreitigkeiten zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und Organen der EU. Auch Privatpersonen, Unternehmen oder Organisationen können diese Institution anrufen, wenn sie der Meinung sind, dass ein EU-Organ Rechtsverletzungen begangen hat.

Die Mitglieder dieser Institution sind die VertreterInnen der europäischen BürgerInnen. Sie werden in direkten Wahlen alle fünf Jahre neu gewählt. Gemeinsam mit dem Ministerrat der Europäischen Union bildet diese Institution die gesetzgebende Gewalt der EU.

Hier treten die nationalen MinisterInnen des jeweiligen Politikbereiches der EU-Mitgliedsländer zusammen. Er verabschiedet Rechtsvorschriften, die als Verordnungen und Richtlinien innerhalb der EU Geltung erlangen. Die Beschlüsse fallen in der Regel nach dem Prinzip der qualifizierten Mehrheit.

Als Kollegialorgan setzt es sich aus Bundes- und VizekanzlerIn und den MinisterInnen zusammen. StaatssekretärInnen gehören ihr formal nicht an, gelten sie nach der Bundesverfassung doch als Hilfsorgane der MinisterInnen. Die wichtigste Aufgabe ist der Beschluss von Gesetzesinitiativen, die als Regierungsvorlagen ins Parlament kommen.

Er/Sie ist der/die Vorsitzende der Bundesregierung. Als RegierungschefIn vertritt er/sie die Positionen der Bundesregierung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Er/Sie leitet die meist wöchentlich einberufenen Sitzungen der Bundesregierung, den Ministerrat.

Diesem Gerichtshof obliegt es, die Einhaltung der Verfassung zu kontrollieren. Aus diesem Grund wird er auch als „Hüter der Verfassung“ bezeichnet. Er wird nur auf Antrag tätig und prüft eine behauptete Verletzung der Verfassung wie bei Wahlanfechtungen oder der Verfassungswidrigkeit von Gesetzen.

Er/Sie ist das Staatsoberhaupt der Republik Österreich. Er/Sie wird auf 6 Jahre direkt von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt.

Dabei handelt es sich neben dem Nationalrat um die zweite Kammer des österreichischen Parlaments. Als Länderkammer ist es die Vertretung der Bundesländer auf Bundesebene. Die Sinnhaftigkeit seiner Existenz ist umstritten.

Es ist die erste Kammer des österreichischen Parlaments und besteht derzeit aus 183 Mitgliedern. Gemeinsam mit den Abgeordneten im Bundesrat ist man für die Bundesgesetzgebung zuständig.

Sie sind die gesetzgebenden Organe auf Landesebene. Zuständigkeitsbereiche sind dabei vor allem das Baurecht, Natur- und Umweltschutz, Jagd und Fischerei, Tourismus und Bereiche der öffentlichen Wohlfahrt.

Sie werden auch als Kommunen bezeichnet und stellen die unterste Ebene im Verwaltungsaufbau in Österreich dar. Das oberste Organ ist der/die BürgermeisterIn. Wesentliche Zuständigkeiten liegen im Bereich der örtlichen Raumplanung (Flächenwidmung), Baupolizei, Gemeindestraßen und Schul-erhaltung.

**Arbeitsauftrag:**

Ordnen Sie die Beschreibungen der einzelnen Institutionen in der Grafik M<sub>1</sub> richtig zu.

- ▶ Welche Hilfsmittel haben Sie dazu verwenden dürfen?
- ▶ Wo fällt Ihnen die Zuordnung leicht, wo gibt es Schwierigkeiten?
- ▶ Kennen Sie Ursachen dafür?

**M<sub>3</sub> Zuständigkeitsbereiche von Institutionen**

	EU	Bund	Land	Gemeinde
Baubewilligung für ein Einfamilienhaus				x
Abschaffung des Bundesheeres		x		
Denkmalschutz bei historischen Gebäuden		x		
Gemeinsame Agrarpolitik	x			
Errichtung einer Wohnstraße				x
Lehrpläne für Berufsbildende Schulen		x		
Jagd- und Fischereirecht			x	
Fremdenverkehr			x	
Außenpolitische Vertretung der Republik Österreich		x		
Regionalfonds	x			
Bau einer Volksschule				x
Errichtung eines Nationalparks			x	
Kanal- und Wassergebühren				x
Universitäten		x		
Parkordnungen				x
Umwidmung von Flächen (Querschnittsmaterie)		x	x	x
Asylgesetzgebung		x		
Autobahnbau		x		
Bundespolizei		x		
Binnenmarkt	x			
Jugendschutzbestimmungen			x	
Errichtung von Kindergärten				x
Börse		x		
Ausweitung von Kurzparkzonen				x
Wohnbauförderung			x	
Elektrizitätsversorgung			x	
Theater- und Kinowesen			x	
Zölle	x			

**Arbeitsauftrag:**

- ▶ Formen Sie Kleingruppen und formulieren Sie dann dazu Alltagssituationen<sup>1</sup> zu mindestens je 3 Zuständigkeitsbereichen. Diese Beispiele lassen Sie am Platz liegen.
- ▶ Sie wechseln anschließend den Platz, lassen aber Ihr Beispiel liegen. Ordnen Sie die Beispiele, die Sie am neuen Platz erwarten, dem richtigen Zuständigkeitsbereich zu.
- ▶ Anschließend formulieren Sie wieder 3 weitere Alltagsbeispiele und wandern weiter.

1 Beispiele dafür finden Sie in der Druckvorlage von M<sub>3</sub> in der Onlineversion.



**M<sub>4</sub> Kommentare zum Bundesrat**

Der Bundesrat ist zu kompliziert, weil Bund, Länder und Gemeinden bei politischen Entscheidungsprozessen ständig aufeinander Rücksicht nehmen müssen.

Der Bundesrat ist unübersichtlich, denn die politischen Prozesse sind durch das Mehrebenensystem für die BürgerInnen oftmals schwer nachvollziehbar.

Der Bundesrat hat unterschiedliche Lebensverhältnisse zur Folge, das heißt, es werden nicht alle BürgerInnen gleich behandelt, da in unterschiedlichen Lebensbereichen unterschiedliche Landesgesetze zur Anwendung kommen.

Der Bundesrat kostet zu viel Geld, denn die Gesetzgebung durch die Landesparlamente samt Ausführung der Gesetze durch die LandesbeamtInnen muss geleistet und bezahlt werden.

Der Bundesrat ermöglicht mehr politische Beteiligung, denn es gibt neben den Wahlen zu den Landtagen auch alle Formen der direkten Demokratie und das Petitionsrecht auf Landesebene.

Der Bundesrat beschränkt die Machtkonzentration im Zentralstaat, weil nicht alle politischen Kompetenzen bei der Bundesregierung angesiedelt sind.

Der Bundesrat sichert mehr Bürgernähe, indem viele Bereiche des Alltagslebens in den Kompetenzbereich der Landesregierung fallen.

Der Bundesrat kann wenig reformfreudig sein durch die Vielzahl an Institutionen, die bei Reformen stets ihre eigenen Interessen vertreten und nicht das Gesamtinteresse (beispielsweise Vereinfachungen im Rahmen einer Bundesstaatsreform) im Auge haben.

Der Bundesrat verbessert die Chancen der Opposition, weil sie aufgrund des Regierungsproporz oft auch an der Landesregierung beteiligt sein kann.

Der Bundesrat ist eine gerade in Österreich angemessene Staatsform, denn die Bundesländer pochen auf ihre historischen Rechte. Für viele BürgerInnen bedeuten sie einen unmittelbaren Identifikationsfaktor.

**M<sub>5</sub> Szenarien zum Bundesrat**

**Szenario 1: Abschaffen des Bundesrates**

Änderungen	Strategien	Widerstand

**Szenario 2: Aufwertung des Bundesrates**

Änderungen	Strategien	Widerstand

**Arbeitsauftrag:**

Entwerfen Sie in der Gruppe ein zukünftiges politisches System für Österreich (berücksichtigen Sie auch die Kommentare zum Bundesrat in M<sub>4</sub>).

- ▶ Im ersten Szenario wird der Bundesrat als Institution abgeschafft, die Länderinteressen müssen aber trotzdem vertreten sein.
- ▶ Im zweiten Szenario bleibt der Bundesrat erhalten, muss aber eine Aufwertung erfahren.

Wählen Sie jeweils zwei Gruppenmitglieder, die die Ergebnisse Ihrer Arbeit in der Klasse präsentieren. Nach der Präsentation diskutieren Sie die vorgeschlagenen Vorgehensweisen.

Danach erarbeiten Sie wieder in der Gruppe Vorschläge, welche Änderungen zum Erreichen beider Szenarien notwendig sind. Wo ist dabei mit den größten Schwierigkeiten und mit Widerstand zu rechnen? Und welche Strategien sind notwendig, um sowohl das eine als auch das andere Szenario zu erreichen?

**M<sub>6</sub> Parlamentsglossar**

Abgeordnete	
Amtliches Protokoll	
Ausschuss	
Bundesgesetz	
Bundesgesetzblatt	
Bundesrat	
B-VG	
Debatte	
Einfaches Gesetz	
Erste Lesung	
Fraktion	
Filibustern	
Klub	
Nationalrat	
Plenarsaal	
Regierungsvorlage	
Stenografische Protokolle	
Verfassungsgesetz	
Volksbegehren	

**Arbeitsauftrag:**

Vervollständigen Sie die Infoboxen in PartnerInnen-Arbeit und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse in Gruppenarbeit.

<b>M<sub>7</sub> Gesetzesänderungen – Interessen, Betroffene, Konsequenzen</b>			
<b>Gesetzesänderung</b>	<b>Interessensgruppe</b>	<b>Betroffene</b>	<b>Konsequenzen</b>
Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wird wieder eingeführt			
Jugendschutzgesetze werden vereinheitlicht und in den Zuständigkeitsbereich des Bundes gegeben			
Die EU-Kommission plant eine verpflichtende Frauenquote von 40% in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen			
Per Verfassungsgesetz wird der Bundesrat aufgelöst			
Die niederösterreichische Landesregierung beschließt ein Umwidmungsverbot von Grün- in Bauland			
Eine EU-Richtlinie gestattet die Freigabe von gentechnisch veränderten Pflanzen			
Österreich führt ab 2016 die Gesamtschule für alle 10- bis 15-Jährigen ein und schafft damit die AHS-Unterstufe und auch den polytechnischen Lehrgang ab			
Im Strafrecht wird der Paragraph „Herabwürdigung religiöser Lehren“, auch bekannt unter Blasphemie, gestrichen			
Österreich führt an den Universitäten und Hochschulen einen Numerus Clausus ein			
Die Asfinag erhält das Recht, auf Autobahnen Mautgebühren für PKW einzuführen			
Die Familienbeihilfe wird in Zukunft an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt			
Die Bundesregierung beschließt die Einführung von Studiengebühren			
Die Gemeinde Wien will zur flächendeckenden Einführung der 30er-Zone zuerst eine Volksbefragung durchführen			
Auch die Österreichischen Bundesbahnen sollen vollständig privatisiert werden			
Kerosin soll auch der Mineralölsteuer (MöST) unterliegen			
Per Bundesgesetz soll es zu einem flächendeckenden Grundeinkommen kommen			
<b>Arbeitsauftrag:</b>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Welche Interessensgruppen werden die Gesetzesänderungen begrüßen oder ablehnen?</li> <li>▶ Welche Konsequenzen würden sie nach sich ziehen?</li> <li>▶ Wer wäre am stärksten betroffen?</li> </ul>			

- 1 [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb\\_grundsatzelass.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb_grundsatzelass.pdf) (30.10.2012)
- 2 <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (30.10.2012)
- 3 Hellmuth, Thomas: Politische Bildung als historisch-politische Sinnstiftung: Überlegungen zu einem historisch-politischen Kompetenzmodell, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2009/4, S. 483–496
- 4 Hellmuth, Thomas: Das „selbstreflexive Ich“. Politische Bildung und kognitive Struktur, in: ders. (Hrsg.): Das „selbstreflexive Ich“. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Bildung. Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 11–20
- 5 Vgl. Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Schwalbach/Ts. 2008
- 6 Vgl. Pelinka, Anton: Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien–Köln–Weimar 2000, S. 37–49
- 7 Kühberger, Christoph: Basiskonzepte der Politischen Bildung positionieren, in: Kompetenzorientierte Politische Bildung (= Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 29, hrsg. vom Forum Politische Bildung) Innsbruck–Bozen–Wien 2008, S. 69–72
- 8 Sander, Wolfgang: Vom „Stoff“ zum „Konzept“ – Wissen in der politischen Bildung, in: Polis 4/2007, S. 19
- 9 Ammerer, Heinrich: Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis?, in: Jugend – Demokratie – Politik (= Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 28, hrsg. vom Forum Politische Bildung). Innsbruck–Bozen–Wien 2008, S. 53
- 10 Sander, Politik entdecken

Alle Vorlagen für SchülerInnen sind online ausdrückbar

**ONLINEVERSION**

In der Onlineversion dieses Bandes der Informationen zur Politischen Bildung finden Sie auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) zusätzliche Informationen, Unterrichtsbeispiele sowie sämtliche Materialien zum Download:

- ▶ Grafik „Basiskonzepte“
- ▶ Unterrichtsbeispiel „Medienbeobachtung: Politik am Sonntag – Hohes Haus“
- ▶ Unterrichtsbeispiel „Rollenspiel: Gemeinderat sein – Bau eines Asylheimes“
- ▶ M<sub>3</sub> „Zuständigkeitsbereiche von Institutionen“ inklusive Alltagsbeispiele

**WEBTIPP**

[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)  
 Im Online-Lernmodul „Das politische System Österreichs“ finden Sie nützliche Informationen zum Unterrichtsbeispiel 7 „Das österreichische Parlament im Fokus“.  
 → [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Lernmodule → Das politische System